

Ihr Ort und ihr Verhalten zu jenem Punkt, in demen sie selbst ihre Arbeiterpflichten bezeichnen haben.

Kollegen und Kolleginnen. Ihr sehr geehrtes Aussehen um einzusehen, daß von selbst die Verhältnisse nicht besser werden. Und wenn ihr weiter zugeht, daß die Entwicklung auch in diesen Stunden nicht so langsam ist, auch eigentlich eine Maßnahme in eurem Sinne. Das ist nicht geben. Magelieder aufstehen hat keinen Zweck, wenn ihr selbst nicht für eure Sache arbeitet. Ihr müßt selber manchmal etwas erreichen können, wenn ihr selber für euch gesorgt hätte, das heißt, wenn ihr in manchen Orten in größerer Zahl im Verband sein müßtet. Ich weiß auch das aus Erfahrung.

Gerade die Kollegen und Kolleginnen, die immer und immer für die Forderung der Lage der Sortierer arbeiten, die nicht nur treue Verbandsmittglieder sind, sondern auch den Verband als Werkzeug zur Vertretung ihrer Interessen zu benutzen verstehen, haben Ursache, auch Gleichgültigen die bittersten Vorwürfe zu machen. Denn ihr habt die Schuld, wenn es nicht auf gemein in unserem Beruf besser werden will. Deshalb richte ich diesen Appell an euch und rede euch ein Gemissen. Seid euch der Verantwortung gegen eurem Beruf und gegen euch selbst bewußt und werdet Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes.

Ein Sortierer, der auf seinem Posten für den Verband kämpft.

Die Tabakfabrikation der G. E. G.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine berichtet in Nr. 20 der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau über ihre Tätigkeit im Jahre 1914. Wir drucken nachstehend ab, was dort über Tabakfabrikation in eigener Betrieben und über den Umsatz von Tabakfabrikaten überhaupt gesagt wird.

Die Zigarettenfabriken in Hamburg, Gadenheim und Frankenberg, liten zu Beginn des Berichtsjahres unter einer Störung des Abflusses die schließliche einer Einschränkung der Produktion um ein Drittel nötigte, und zwar wurde, um Entlastungen zu vermeiden, mit vergrößertem Personal gearbeitet. Mitte des Jahres besserte sich der Absatz, so daß wieder volle gearbeitet werden konnte. Mit dem Eintritt der Mobilmachung löste jeder Verband auf. Manchem steht in dem ersten beiden Quartalen die gezeigte Lagebestände noch am 1. 1. 1917. Weiter veränderten sich, was man gewonnen, die Fabriken zu schließen, weil jede Möglichkeit des Absatzes fehlte. Nach Beendigung der Mobilmachung wurden jedoch Zigaretten in immer steigendem Maße als Liebesgaben gekauft und ins Feld geschickt, auch von der Kreisverwaltung. So bald die Verkaufsmöglichkeiten gegeben waren, begann deshalb ein starker Absatz, und gestattete die Fabriken wieder zu öffnen. Bereits am 20. August wurde die Produktion, wenn auch zunächst in beschränktem Umfang, aufgenommen. Bis Anfang Oktober waren sämtliche Arbeitskräfte wieder eingestellt. Die Nachfrage nach Zigaretten blieb andauernd, so daß sehr bald Arbeitermangel eintrat, weil die zum Waffendienst eingezogenen Zigarettenmacher und Sortierer nicht durch ungelesene Kräfte ersetzt werden können. Das Ergebnis des wechselvollen Betriebsjahres ist ein Rückgang im Absatz:

Umsatz 1913: 2.642.776,44 49.983.000 Zigaretten
Umsatz 1914: 2.593.069,44 47.332.000 Zigaretten
1914 weniger: 104.684,44 2.651.000 Zigaretten

Der Kreisverwaltung wurde bis Jahreschluss für 118.800 Zigaretten geliefert. Beschäftigt wurden am Arbeiter und Arbeiterinnen einschließlich der Werkmeister Ende 1913: 955, Ende 1914: 949 Personen.

Die Rauchtobakfabrikation in Nordhausen hatte ungefähr die gleichen Wandlungen durchzumachen wie die Zigarettenfabriken. Zu Beginn des Berichtsjahres übermäßiges Lager, schleppender Absatz, wodurch schließlich eine Produktionsbeschränkung unvermeidlich war. Der Krieg brachte dann eine ganz erhebliche, ständig steigende Nachfrage nach Rauchtobak, so daß der Absatz schließlich den des Vorjahres, wenn auch nur um ein wenig, überstieg.

Es wurde abgesetzt 1914 für: 358.349,44
1913 für: 350.563,44
1914 mehr: 7.785,44
Beschäftigt wurden: 67 Personen, gegen 58 Ende 1913.
Erfreulich ist die starke Steigerung des Umsatzes in Rauchtobakfabriken:

1914 1913 1914
Rauchtobak: 680.800 583.000 + 97.800
Schmaltobak: 180.000 170.000 + 10.000
Zigaretten, Schmeizer, Stumpen und Rauchtobakfabriken: 347.000 233.000 + 114.000

Aus Oesterreich.

Das Organ unseres österreichischen Arbeiterverbandes schreibt über die gegenwärtige Situation in Oesterreich folgendes:

Schon die Gestaltung des Zigaretten- und Zigarettenkonsums nach der Preiserhöhung hat den ermarketen tatsächlichen Erfolg stark beeinträchtigt, trotz vorhandener günstiger Vorbedingungen. Für die Preiserhöhungen der Zigaretten lagen schon die ungünstigsten Bedingungen vor. Schon am Schluss des vorigen Jahrhunderts setzte ein starker Rückgang des Zigarettenkonsums ein, und die Verwaltung der Tabakregie mußte Vorkehrungen treffen, dem Rückgang, soweit die Möglichkeit vorhanden war, entgegenzutreten. Der steigenden Tendenz der Rohstoffe suchte die Verwaltung der Tabakregie dadurch zu begegnen, daß billigere Tabaksorten eingeführt wurden, Rohmaterialsparrnisse gemacht und die Lohnsumme gedrückt wurde. Auf einmal traten die Vorsehrungen nicht zu lange. Im Gegenteil, bis zum Jahre 1907 wurden sogar in einigen Fabriken zu hohe Arbeitsleistungen berrigert, weil man ein sah, daß zu hohe Leistung die Qualität der Arbeit beeinträchtigt. Es wurde aber zugleich ein Prämienystem für Materialsparrnisse eingeführt. Das Prämienystem sollte bewirken, daß die Arbeiterinnen mit dem Material sparsam umgehen, um die Abfälle zu vermindern. Der Zweck der Sparrnisse wurde wohl erreicht, doch die Qualität der Zigaretten litt darunter. Selbstverständlich war das Bestreben der Arbeiterinnen, Prämien zu verdienen, und so wurde Material verarbeitet, das ausgetauscht gehört hätte. Mit Beginn des Jahres 1909 trat das Bestreben, den Lohn zu drücken, deutlich hervor. Nicht der Lohn der einzelnen Person sollte getroffen, sondern die Arbeitsleistung sollte erhöht werden. In der Vorrichtung und den Nebenarbeiten wurde die Leistung erhöht und die technischen Möglichkeiten für die Fabrikation ausgenutzt. Fast jede Nummer des Tabakarbeiter hat das System gelehrt. An den Maschinen wurden in

Wichtig: Arbeitsschritte gegeben. Die Fabrikation (Sortierern) mußten die mangelhaften Zigaretten (Wirkung) nacharbeiten. Die nächste Folge war ein rascher Sturz des Konsums. Aber trotz dieser eine Verbesserung ein. Inzwischen neue Sorten in den Konsum gebracht, die die Sorten des Konsums nacharbeiten. Das Jahr 1910 machte sogar ein unbedeutendes relatives Steigen des Zigarettenkonsums, das in dem neu eingeführten Sorten begründet war.

Mit der Preissteigerung der Zigaretten wurde zugleich das Beschreiben gegeben, daß die Qualität der Zigaretten verbessert werden wird. Der Wille war vorhanden, daß man hätte mit dem System der Leistungssteigerung gehandelt und das Hauptgewicht auf sorgfältige Arbeit gelegt werden müssen. Das geschähe aber nicht im Gegenteil, die Leistung wurde weiter gesteigert, und weil der Konsum bestimmter Sorten, wie der Zigaretten, zurückging, suchte man die Sorte „Gemischte Ausländer“ mit gleichzeitiger Einlage zu füllen, weil die technische Möglichkeit vorhanden war, an den Wirtelmaschinen einige Arbeiterinnen zu sparen. Die Arbeiter stehen sich aber nicht treuhaft und kaufen diese Zigaretten nicht.

Die Gestaltung des Zigarettenkonsums zeigt folgende Tabelle:

Verbrauch der Zigaretten (in Millionen) pro Jahr: 1887: 1.355.612.667; 1887: 1.254.553.707; 1902: 1.236.393.181; 1907: 1.230.867.478; 1910: 1.235.383.728; 1912: 1.153.619.710

Für das Jahr 1913 liegt die Statistik noch nicht vor, doch ist laut österreichischem Statistischem Handbuch der Verkauf auf 1.112.000.000 Stück gesunken. Vergleichbar mit für 1913 den Vorschlag mit dem wirklichen Ergebnis so zeigt sich, daß sich die Hoffnung auf eine Verbesserung der Verschleißergebnisse nicht erfüllt hat. Bis die statistischen Mitteilungen der Generaldirektion der Tabakregie vorliegen werden, wird sich das detaillierter nachweisen lassen.

Der Verschleiß von Schnupf- und Rauchtobak können wir ruhig außer Betrachtungen lassen, da die beiden Fabrikate in dem Verschleiß begrenzt sind und der Rückgang des Schnupfens ebenfalls eine internationale Erscheinung ist. Rauchtobak hat in Oesterreich nie eine große Rolle gespielt.

Auch die Erzeugung von Tabakzucker ist begrenzt, diese hängt weniger vom Konsum ab, da derselbe größer als die Erzeugung ist.

Die ganze Frage zeigt klar und deutlich, daß auch ein staatliches Monopol nicht vollständig die Preise diktieren kann. In Frankreich mußte vor einigen Jahren sogar eine Preiserhöhung der Tabakfabrikate rückgängig gemacht werden, weil das starke Sinken des Konsums dazu zwang. Der Konsum der Genussmittel hängt in erster Linie nicht von dem Willen des Einzelnen und nicht vom dem Willen der Masse, sondern von der Kaufmöglichkeit ab. Das Ergebnis des Tabakmonopols in Oesterreich kann in erster Linie gesteigert werden, wenn dem tatsächlichen Bedürfnis der Käufer Rechnung getragen wird. Vor allem ist es eine sehr wichtige Frage, daß die Qualität der Zigaretten verbessert wird und das kann nur dadurch geschehen, daß die Leistung auf das normale Maß zurückgeführt und die Technik nur soweit in den Dienst der Fabrikation gestellt wird, als sie tatsächlich die Handarbeit ersetzt. Daß die Einführung des Monopols für Zigarettenpapier und -hüllen möglich und volkswirtschaftlich ohne Rücksichtungen für die in diesem Fabrikationszweige beschäftigten Arbeitspersonen wäre, ist klar. Inwieweit die Preisfrage des Zigaretten- und Rauchtobaks zu lösen ist, läßt sich schwer sagen, da sich die volkswirtschaftliche Gestaltung nach dem Kriege nicht übersehen läßt.

Sehr wahrscheinlich ist es aber, daß in Deutschland die Zukunft dem Tabakmonopol gehört, besonders in der Zigarettenindustrie ist die Möglichkeit der Monopolisierung sehr nahegerückt, wodurch der Export von selbst dafür aufgehört würde.

Sicher ist heute das eine: Die Verteuerung der Lebensnotwendigkeiten wird auch die Ergebnisse des Tabakmonopols im Jahre 1915 ungünstig beeinflussen.

Der Arbeitsnachweis bei Abschluss des Krieges.

In Saal der Budgetkommission des Reichstages lagte eine Konferenz, um über die gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung für Kriegsteilnehmer zu beraten. Die Konferenz war außerordentlich zahlreich besucht. Es waren u. a. vertreten: Deutscher Städtetag, Deutscher Handelstag, Landwirtschaftsrat, Hansabund, Zentralverband Deutscher Industrieller, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die Christlichen und Nicht-Christlichen Gewerkschaften, die kaufmännischen Verbände usw.

Staatssekretär Delbrück wies einleitend auf die Bedeutung des Arbeitsnachweises nach Abschluss des Krieges hin. Wir können nicht übersehen, welche Gestaltung der Arbeitsmarkt nach dem Friedensschluss haben wird. Eine aber wissen wir sicher, daß große Arbeitermassen nach Abschluss des Krieges auf dem Arbeitsmarkt erscheinen werden, und daß ein Zurück aus der Rüstungsindustrie zu vermeiden sein wird. Wir müssen Vorkehrungen treffen, den Arbeitern Gelegenheit zu geben, nachwärts zu gehen, was sie sich um Arbeitsgelegenheit bemühen können. Weiter wollen wir nicht gehen. Ob es notwendig ist, Notstandsarbeiten wieder in Angriff zu nehmen, bleibt dahingestellt. Es wird wahrscheinlich die Eisenbahnenverwaltung größere Aufträge zu vergeben haben. Eine Auseinandersetzung über die Neugestaltung des Arbeitsnachweises scheint jetzt verfrüht, daß muß späteren Erwägungen überlassen bleiben.

Zur Beratung standen folgende Vorschläge: 1. Maßnahmen der Arbeitsnachweiserverbände.

a) Zusammenstellung von Adressenverzeichnissen der Arbeitslosen nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise des Staates.

b) Anregung zur Errichtung und zum Ausbau öffentlicher Arbeitsnachweise an geeigneten Orten.

c) Ausbau der Arbeitsgenossenschaft und Angebot im industriellen Bereich. Ausbau des weiteren ausgebauten Arbeitsmarktzweiges.

2. Maßnahmen der Arbeitsnachweise:

a) Zusammenarbeiten aller an einem Orte befindlichen Arbeitsnachweise (Zentralauskunftsstellen), Eingebildung mit Behörden, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, Benutzung des Arbeitsmarktzweiges.

b) Besondere Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte (wird besonders verfolgt).

3. Maßnahmen der Arbeitgeber:

a) Welt- und offener Stellen an organisierte Arbeitsnachweise aller Art.

b) Wiedereinstellung früherer Arbeiter.

c) Beachtung des Beschäftigungsbedarfes der von zu entlassenden Erstarbeiter.

4. Wünsche in Bezug auf Verwaltungsmaßnahmen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, insbesondere der Kreis- und Provinzverwaltung.

Die Herausgabe der Adressenverzeichnisse wurde vielfach als ein nur kleines Mittel bezeichnet und das Verlangen ausgesprochen, daß dieses Adressenverzeichnis von einer Zentralfstelle ausgehen wird, nicht etwa von den Arbeitsnachweisbehörden.

Der Forderung auf Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise wurde allgemein zugestimmt, aber vor dem Übertritt mit Nachdruck die partielle Verwaltung verlangt. Wenn also in nächster Zeit die Errichtung solcher Arbeitsnachweise betrieben wird, soll nicht vergessen werden, die Teilnahme der Arbeiter am Arbeitsnachweise zu sichern.

Der Ausgleich der Arbeitszufuhr und -angebots wurde als sehr wichtig erachtet und der Wunsch ausgesprochen, daß die Angaben über Angebot und Nachfrage mehr dezentralisiert werde, der Arbeitsnachweiszweiger des Statistischen Amtes genügt dafür nicht. Notwendig wäre eine freie Eisenbahnfahrt zur Arbeitsstelle für den Arbeiter und Ermäßigung der Gebühren für Telefon und Telegramm.

Die Schaffung einer Zentralauskunftsstelle für alle Arbeitsnachweise an Ort wurde günstig aufgenommen. Diese Zentralauskunftsstelle sollte auch gutachtlich darüber zu hören sein, ob ausländische Arbeiter herangezogen werden können. Denn es ist ein erfreulicher Zustand, daß die Zahl der Ausländer so bedeutend zunimmt. Vor allem wird man unmittelbar nach dem Kriege den freien Eintritt in den Markt nicht erst in Deutschland wieder normale Verhältnisse eingetreten sind. Von einem Eintritt der Landwirtschaft wird hiergegen ein Spruch erhoben, der Arbeitermangel für die Landwirtschaft wird äußerst groß sein.

Staatssekretär Delbrück glaubt, daß sich die Arbeitsfrage durch die schon jetzt geschaffenen Einrichtungen regeln wird. Wie weit wir mit der Einwanderung ausländischer Arbeiter zu rechnen haben, ist heute nicht zu übersehen. Auf die Errichtung der Zentralfstelle soll ein leiser Zwang ausgeübt werden, hoffentlich genügt es, um allenfalls diese Einrichtung zu treffen. Die Vertreter der Arbeitgeberverbände erklärten, daß sie bemüht sein werden, soweit es möglich ist, die heimkehrenden Kriegsler wieder in ihre alten Stellen aufzunehmen. Staatssekretär Delbrück bemerkte dazu, daß er es für sehr verständlich gehalten habe, daß die Unternehmer das nach versuchen.

Die Aufforderung, daß die offenen Stellen an organisierte Arbeitsnachweise zu melden sind, soll herbeiführen, daß die Nachfrage der Arbeitslosen in den Betrieben vermieden wird. Allerdings, ein Zwang zur Meldung soll damit nicht ausgesprochen sein, dazu fehlt es an einer gesetzlichen Grundlage.

Die Befürden wie auch viele Betriebe werden geschlossen sein, die jetzt angenommenen Erstarbeiter zu entlassen. Es sollte hier mit großer Schonung vorgegangen werden. Bei der Frage der Arbeitsbeschaffung für Kriegsteilnehmer wurde der Wunsch von den Vertretern der Gewerkschaften ausgesprochen, daß die Arbeitsvermittlung der bestehenden Arbeitsnachweiser übertragen werden muß. Vor allem solle man verhindern, daß dem Kriegsdienstleistungen geringerer Lohn geboten wird. Von Seiten der Arbeitgeber wurde betont, daß man nicht die Absicht habe, Kriegsdienstleistungen geringeren Lohn zu bieten.

Wie weit die Besprechung zu einem ersprießlichen praktischen Ergebnis führen wird, wird davon abhängen, ob die Regierung mit Nachdruck und unter Berücksichtigung der Arbeiterinteressen die aufgestellten Grundzüge verfolgt. Es kann daher hervorgehoben werden, daß die Anregung zu einer besseren Regelung des Arbeitsnachweises im Hinblick auf die Zustände nach Abschluss des Krieges von den freien Gewerkschaften angegangen ist, der sich dann die übrigen Gewerkschaftsgruppen anschließen haben. Wenn auch die gesetzliche Regelung, die von unseren Gewerkschaften verlangt wurde, vorläufig nicht in Erfüllung geht, so dürfen wir wohl erwarten, daß wenigstens eine Reihe von Maßnahmen getroffen werden, die geeignet sind, einer zweckmäßigen Arbeitsvermittlung die entsprechende Förderung angedeihen zu lassen.

Kollegen, agitiert für den Verband!
Verbandsteil.
Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Hochachtungsvoll, Vorsitzender, Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Postfach 100, Berlin, W. 1.
Telefon Nr. 6042.
Veranstalt. von H. A. H. nachmittags.

